

Antrag

des Bundesministeriums der Finanzen

Einwilligung gemäß § 64 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung in die Veräußerung der Waldmann-Kaserne in München

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 22. Januar 1997 – II C 5 – F 0742 – 9/97 / VI C 3 – VV 2911.1 – 8/97:

Ich beabsichtige, die für den Bund entbehrliche Waldmann-Kaserne in München an die Landeshauptstadt München zu veräußern. Auf dem ca. 7,8 ha großen Areal sollen insbesondere neue Wohnungen und Gewerbeobjekte (neue Arbeitsplätze) geschaffen werden.

Die Voraussetzungen zur Anwendung des im Haushaltsplan 1996 bei Kapitel 08 07 Titel 131 01 ausgebrachten Haushaltsvermerkes Nr. 4.1 (Veräußerung zum entwicklungsunbeeinflussten Wert auch ohne förmliche Ausweisung) liegen vor. Der von einem freien Sachverständigen im Auftrag des Bundes ermittelte entwicklungsunbeeinflusste Wert für die Waldmann-Kaserne beträgt 33 Mio. DM. Er wird von der Landeshauptstadt München akzeptiert.

Mit der Landeshauptstadt München wurde am 16. Dezember 1996 ein Kaufvertrag geschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen, die nach Einwilligung der parlamentarischen Gremien erteilt wird.

Ich bitte, gemäß § 64 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung die Einwilligung des Deutschen Bundestages in die Veräußerung herbeizuführen.

Antrag
auf Einwilligung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates
zur Veräußerung von Grundstücken
 (§ 64 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung)

a) Bezeichnung, Größe und Be- schreibung des Grundstücks b) Dienststelle	Ermittelter Verkehrswert DM	Verkaufspreis DM	Erwerber	Verwendung des Grundstücks jetzige / künftige	Begründung der Veräußerung
1	2	3	4	5	6
a) Waldmann- Kaserne in München Größe: ca. 7,8 ha b) Oberfinanz- direktion München	33 000 000,– (entwicklungs- unbeeinflußter Wert)	33 000 000,–	Landeshauptstadt München	Nach Woh- Aufga- nungs- be der bau und militä- Gewerbe rischen einschl. Nut- Infra- zung struktur wurde (Ent- das wick- Grund- lung- stück maßnah- in Teil- me gem. berei- §§ 165 ff. chen BauGB) zwi- schen- genutzt	Die Liegenschaft ist für den Bund entbehrlich